

## SED fürchtet Streiks in der Zone

### FDGB mußte überraschend Normenerhöhungen verurteilen

Eine kleine Sensation bildete die Erklärung des FDGB-Bundesvorstandes, wonach „verschiedene Betriebsleitungen mit schädlichen Methoden Normenveränderungen vorgenommen“ hätten. Es handelt sich dabei um die von der SED selbst verfügten Normenerhöhungen um etwa 8 bis 12 Prozent, die als Voraussetzung für die Erfüllung der neuen Planziffern bezeichnet wurden. Ministerien, Hauptverwaltungen und Betriebe haben lediglich in Verfolgung eng begrenzter SED-Direktiven diese Normenerhöhungen administriert und damit eine von jedermann voraussetzende Unruhe unter den Arbeitern geschaffen. Erst nach den Ereignissen in Posen und in einigen ungarischen Betrieben, zu einem Zeitpunkt, als bereits aus der Zone Streikdrohungen vorlagen, pfiß die SED die Normentreiber zurück.

Die seit Montag in der gesamten volkseigenen Industrie diskutierte FDGB-Erklärung ist ein einziges Ausweichmanöver, um die Schuld der SED-Organen an dem in den letzten Wochen heftig umstrittenen Normenschwund abzuschwächen. Den Betriebsleitungen wird die Schuld dafür zugeschoben, daß die Normen nicht „auf der Basis der Überzeugungsarbeit“ erhöht worden sind.

Es werden einige besonders hervorgehobene Beispiele administrativer Normenerhöhung zitiert, obwohl die jetzt verurteilten Methoden in der gesamten Industrie angewandt worden sind. Was aber steckt hinter diesem neuen Propaganda-Coup und dem eiligen Rückzug der SED?

#### 85 Prozent lehnten ab

Als nach der 3. SED-Parteikonferenz die 50prozentige Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber 1955 als Kernstück des neuen Fünfjahresplanes bekanntgegeben wurde, erhielten die Gewerkschaften Auftrag, die daraus resultierenden neuen Arbeitsnormen in den Betrieben zu propagieren. Die Arbeiter sollten sich zu einer „freiwilligen“ Erhöhung ihrer Normen bereit erklären, wobei ihnen die Gewerkschaften für etwa 1960 die

40-Stunden-Woche in Aussicht stellten.

Es gibt keine endgültigen Zahlen über das Ergebnis dieser Aktion. In Ostberlin jedenfalls lehnten rd. 85 Prozent der Arbeiter eine derartige Normenerhöhung ab. Die anderen gaben unter dem Druck der verschiedenartigsten Umstände nach. Als die Betriebsleitungen Mitte Mai von der Alternative standen, entweder die Normen hochzuschrauben oder den vergeblichen Antrag auf Rückstufung der Planziffern einzubringen, gingen sie den einzig möglichen Weg, den ihnen SED und FDGB offenließen: Sie veranlaßten eine grundsätzliche Überprüfung aller TAN-Normen mit dem Ziel, diese den Planforderungen entsprechend hochzutreiben.

So kam es zu jenen administrativen Maßnahmen, die jetzt vom FDGB-Bundesvorstand plötzlich als „schädliche Methoden“ angeprangert werden. Die SED hat eben einmal wieder die Dinge auf die Spitze getrieben und erst gebremst, als die ersten Streikdrohungen vorgelegen haben.

#### FDGB treibt falsches Spiel

Soweit könnte man dies als einen vollen Erfolg der heilhörig gewordenen Arbeiter buchen. Wer sich das FDGB-

Dokument aber genauer durchliest, wird darin entdecken, daß zwar die während der letzten Monate geübten Praktiken verurteilt werden, die SED aber grundsätzlich an den Normenerhöhungen festzuhalten gedenkt. Zwar ist auch hier wieder von Automatisierung und einer Verbesserung der Arbeitsvorbereitung die Rede, aber in welchem VEB — ausgenommen einige Schwerpunktbetriebe — werden denn gegenwärtig Investitionen in dieser Richtung vorgenommen? Erst wenn die im neuen Fünfjahresplan versprochene Verbesserung der Technologie sich auszuwirken beginnt, können die Normen erhöht werden. Solange aber geht jede Erhöhung auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft.

Weiter ist in dem heuchlerischen Dokument von einer „Hebung der Arbeitsmoral“ und „Einsicht der Werktätigen“ die Rede. Derartige Appelle aber waren bisher immer der Auftakt für „freiwillige Selbstverpflichtungen“ in der Produktion. Und tatsächlich werden SED und FDGB in den kommenden Wochen alles unternehmen, um die Arbeiter durch Versprechungen und Verdrehungen zum Einlenken zu bewegen. Erst wenn etwa 70 Prozent der Belegschaften den Normenerhöhungen zustimmen, kann die SED dem Rest die Normen diktieren.

#### Die Chance nutzen

Nutzen die Arbeiter aber die Chance, die ihnen die jetzige FDGB-Erklärung bietet, können sie eine Revision aller Normenveränderungen seit Jahresbeginn verlangen. Jetzt, unmittelbar nach Veröffentlichung seiner Erklärung, wird der FDGB-Bundesvorstand zu keinen großen Winkelzügen fähig sein.

## Zeichen der Not

DT. Die Verhandlungen zwischen der Moskauer und der Pankower Regierung, die am Montagnachmittag in Moskau begannen, sind überraschend schnell beendet worden. Wenn man die dem Ergebnis gewidmeten Erklärungen ihres deklamatorischen Beiwerks entkleidet, dann wird deutlich erkennbar, daß das Pankower Regime sich in einer wirtschaftlichen Notlage befindet, die mit Hilfe Moskaus gemildert und womöglich beseitigt werden soll. Zu diesem Zweck ist vereinbart worden, daß die Stationierungskosten für die sowjetischen Truppen von 1,6 Mrd. DM-Ost auf 800 Millionen, also auf die Hälfte, herabgesetzt werden sollen. Das ist übrigens das erste Mal, daß eine exakte Angabe über die Stationierungskosten der Zone erfolgt. Als in den letzten Monaten in harten Verhandlungen mit den Westmächten um die Stationierungskosten der Bundesrepublik gerungen wurde — und zwar um eine letzte, vertraglich nicht fundierte Jahresleistung —, hat es in der kommunistischen Presse der Zone nicht an hämischen Kommentaren gefehlt. Aus ihnen ging keineswegs hervor, daß Pankow ständig relativ noch höhere Stationierungskosten für die sowjetischen Truppen aufzubringen hat. Weiter wurde vereinbart, daß Moskau die Erfüllung des zweiten Fünfjahresplans der Zone durch umfangreiche Warenlieferungen und andere Hilfsmaßnahmen unterstützen soll.

Das ist das wesentliche Ergebnis der Moskauer Verhandlungen. Was über die allgemeinen politischen Probleme, über Abrüstung, Sicherheit und deutsche Wiedervereinigung verhandelt und erklärt wurde, das bleibt unverändert auf der bisherigen Linie der sowjetischen Politik. Im Vordergrund stand als eigentliches Thema der Moskauer Verhandlungen völlig die Notwendigkeit, der wirtschaftlich schwer bedrängten Sowjetzone eine Hilfe gewähren, die eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Zone ermöglichen soll. Selbstverständlich wird von der kommunistischen

Propaganda auch hier aus der unbestreitbaren Not, die zu den Moskauer Vereinbarungen führte, eine Tugend gemacht. Grotesch wohl feierte bereits das Ergebnis als ein „historisches Ereignis“, dessen Auswirkungen sich auf Jahre erstrecken würden. Die Basis der DDR werde, so meinte und wünschte er, bedeutend gefestigt; die Aufbauarbeiten würden in beschleunigtem Tempo wachsen, und ein großer Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus im „demokratischen“ Teil Deutschlands sei getan. Das ist die Sprache, die wir kennen. Sie wird mit dem befohlenen Enthusiasmus in allen Blättern der Zone widerhallen.

Was in Moskau zur Unterstützung Pankows beschlossen wurde, das ist aber in Wirklichkeit eine unfreiwillige Anerkennung der wirtschaftlichen Überlegenheit Westdeutschlands und ist von dem Bestreben diktiert, diese Überlegenheit in dem besonders empfindlichen Raum der Sowjetzone mehr als bisher auszugleichen. Die „Prawda“ vom 16. Juli macht das in ihrem Leitartikel deutlich, den das „Neue Deutschland“ wörtlich übernahm. Das Moskauer Blatt erwähnt die Formel, daß Westberlin „das Schaufenster der westlichen Welt sei, das den Werktätigen der DDR vor Augen geführt werde“. In diesem Zusammenhang wird die „Überlegenheit Westdeutschlands im Umfang der Produktion je Kopf der Bevölkerung“, die das Blatt nur „zeitweilig“ nennt, endlich einmal zugegeben, — um ihre Beseitigung anzukündigen. Die „Prawda“ gesteht sogar den niedrigen Lebensstandard in der Sowjetzone ein, indem sie seinen weiteren Aufschwung dank der „brüderlichen Hilfe der Sowjetunion“ verheißt. Sie wagt schließlich zu prophezeien, daß die Zeit nicht mehr fern sei, „da das demokratische Berlin für die Deutschen im ganzen Lande zu einem anschaulichen Beweis für die Vorzüge des sozialistischen Systems wird“.

Das ist ein großes Wort. Warten wir ruhig ab, ob es tatsächlich in Ostberlin zum erstenmal für den gesamten kommunistischen Macht- und Wirtschaftsbereich zur Verwirklichung gebracht wird. Selbst

diese kühne Prophezeiung aber ist ein Zeichen der Not, ein Ausdruck der Verlegenheit, die darin besteht, daß Moskau den in seinem Macht- und Wirtschaftsbereich lebenden Menschen nicht den Lebensstandard zu bieten vermag, der im Westen selbstverständlich ist. Die Befreiung der Deutschen in der Sowjetzone von dem heute herrschenden System der materiellen und seelischen Not dürfte indessen kaum mit sowjetischer Hilfe gelingen.

## Nehru in Bonn

DT. Der Besuch des indischen Ministerpräsidenten Nehru in Bonn war nicht nur für die Bundesrepublik ein großes Ereignis; er war es vor allem auch für den östlichen Teil Deutschlands. Denn von diesem Besuch geht eine demonstrative Wirkung aus: Der große Neutrale, der sich zwischen West und Ost behaupten will und wegen seiner Reisen nach Moskau und nach Rotchina sogar oftmals verdächtigt wurde, gibt mit diesem Besuch zumindest zu verstehen, daß er die Existenz der Bundesrepublik als das Wesentliche ansieht, nicht aber die von ihm ohnehin nicht anerkannte sogenannte DDR.

Nehru hat im Gegenteil stets eine Anerkennung des SED-Staates abgelehnt, ähnlich wie Tito und Nasser es bis jetzt getan haben trotz ihres sonst so weitgehenden Entgegenkommens an die Sowjetunion. Es erhebt sich deshalb die Frage, ob überhaupt von Moskau ein Druck auf die Neutralen ausgeübt oder ein Wunsch nach Anerkennung der bis jetzt gehätschelten DDR geäußert wurde. Doch auch wenn das der Fall wäre, so würde sich ein Mann wie Nehru kaum einem solchen Verlangen beugen.

Wenn Nehru aber das zonale Staatsgebilde nicht anerkennt und das durch seinen Besuch in Bonn sehr eindringlich unterstreicht, so bedeutet das natürlich keineswegs Übereinstimmung mit den politischen Auffassungen seiner gegenwärtigen Gastgeber. Nehru und Adenauer haben verschiedene Grundansichten über das politische Welt-

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Freiheit für die Satelliten!

### Dulles appelliert an Moskau

Washington (AP/DPA). Den eindringlichen Appell, den Satelliten-Staaten die Unabhängigkeit wiederzugeben, hat Außenminister Dulles an die Sowjetunion gerichtet. Nicht nur das sowjetische Volk habe unter dem Stalinismus gelitten, sondern auch die Völker der Satelliten, und sie hätten daher ein Recht darauf, daß die in Stalins Namen an ihnen begangenen Untaten beseitigt und wiedergutmacht werden.

Dulles, der auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz sprach, sagte weiter, die ganze Welt passe auf, was bei den gegenwärtigen Entwicklungen in der Sowjetunion herauskomme. „Wenn man sich darauf verlassen kann, daß die Sowjets ihre Innen- und Außenpolitik und die Praktiken des sowjetischen Staates geändert haben, würde dies das ganze Weltbild in günstiger Weise verändern. Wir warten hoffnungsvoll auf diesen Tag.“

Auf Fragen der Pressevertreter erklärte Dulles weiter, er glaube, daß sich die liberaleren Kräfte in der Sowjetunion als „unwiderstehlich“ erweisen würden. Auf die weitere Frage, ob

## Hochstand der Beschäftigung

### Arbeitslosenzahl seit April über eine halbe Million gesunken

Nürnberg (AP/DPA). Die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik hat sich in der Zeit vom 31. März 1956 bis zum 30. Juni um 860 099 auf 18 391 512 erhöht. Damit wurde nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge der höchste Stand der Beschäftigung seit Kriegsende erreicht.

Von den zur Zeit rund 18,4 Millionen Beschäftigten sind 12 351 865 Männer und 6 039 647 Frauen. Seit der Währungsreform hat sich die Zahl der Beschäftigten im Bundesgebiet um nahezu fünf Millionen erhöht.

Den Rückgang der Arbeitslosenzahl um 540 000 während des letzten Vierteljahres führt die Bundesanstalt im wesentlichen auf drei Gründe zurück:

1. hätten durch den starken Nachwuchsbedarf der Wirtschaft mehr Jugendliche eine Ausbildungsstelle erhalten, als es sonst in diesem Zeitabschnitt der Fall war;

2. sei der Zustrom von Sowjetzonen-Flüchtlingen in den letzten Monaten stärker gewesen und

3. sei das zusätzliche Angebot aus den „stillen“ weiblichen Reservaten besonders umfangreich gewesen.

Köln (DPA). Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie der Bundesrepublik hat im Mai mit 7 005 400 erstmals sieben Millionen überschritten. Nach Mitteilung des Deutschen Industrieinstituts in Köln war die Zahl der in der Industrie Beschäftigten in den ersten fünf Monaten um 8 Prozent, die der geleisteten Arbeitsstunden um 7 Prozent, der Bruttoumsatz um 13,4 Prozent, die Lohnsumme um 18,1 Prozent und die Gehaltssumme um 18 Prozent höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

## Frieden und Entspannung

### Abschluß-Kommunique zum Nehru-Besuch in Bonn

Bonn (AP/DPA). Der indische Ministerpräsident Nehru und Bundeskanzler Adenauer haben in einem nach Beendigung des indischen Staatsbesuches in Bonn veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die gegenwärtige Entwicklung zu einer Minderung der bestehenden internationalen Spannungen führe. Die beiden Staatsmänner stimmten in ihren politischen Gesprächen darin überein, „daß ein umfassendes Abrüstungsabkommen, das geeignete Inspektions- und Kontrollmaßnahmen zur Voraussetzung hat, für die Sicherung des Weltfriedens und die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts aller Länder gleichfalls von großer Wichtigkeit ist“.

Das Kommuniqué betont, daß

die Besprechungen „in einer Atmosphäre der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses“ verliefen. Die deutsche Frage wurde im Zusammenhang mit der allgemeinen Weltlage erörtert. Nehru habe „sein Verständnis und seine Sympathie für den Wunsch des deutschen Volkes nach friedlicher Herstellung seiner nationalen Einheit zum Ausdruck gebracht.“

Von deutscher Seite wurde, so heißt es weiter im Kommuniqué, das große Interesse der Bundesrepublik am wirtschaftlichen Aufbau Indiens betont. „Die Bundesregierung setzt unbedingtes Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Indiens und ist bereit, die in der Bundesrepublik vorhandenen technischen Erfahrungen bei der Verwirklichung der Wirtschaftspläne zur Verfügung zu stellen.“

## Zone von Stalinisten befreien!

**Kaiser: Moskau soll neue Politik glaubhaft machen**

Berlin (Eigenmeldung). Bundesminister Jakob Kaiser hat in einer Ansprache über den RIAS erneut betont, daß Verhandlungen mit der gegenwärtigen Regierung der Sowjetzone nicht in Frage kämen, weil dies eine Schwächung der westdeutschen Position bedeuten würde. Diese Haltung hat die Bundesregierung stets eingenommen. Wesentlich ist aber auch, daß gerade in dieser Frage Einmütigkeit aller politischen Kräfte besteht.

Je geschlossener das deutsche Volk, je einiger Bundesregierung, Bundestag und Zone in dieser Haltung bleiben, um so klarer wird es der sowjetischen Regierung werden, daß sich die deutsche Frage nicht durch Verschlebung der Verhandlungsebene lösen läßt.

Der Minister sagte weiter, verhandeln mit Pankow hieße, auch die vier Mächte, vor allem die Sowjetunion, aus der Verantwortung entlassen, die sie für die Wiedervereinigung unseres Landes haben. „Zwar hat die Sowjetunion sich auf den Standpunkt zurückgezogen, daß die Wiedervereinigung Sache der Deutschen sei, das heißt nach sowjetischer Auffassung eine Angelegenheit der Verhandlungen mit Pankow.

Aber wenn die Sowjetunion der freien Welt gegenüber die Ernsthaftigkeit der Abkehr von Stalin und seiner Politik glaubhaft machen will, dann kann sie Mitteldeutschland nicht in der Hand der Stalinisten, nicht unter Führung Ulbrichts lassen. Wer den Stalinismus derart verurteilt, wie es die verantwortlichen Männer der Sowjetunion tun, der kann die Stalinisten

in einem anderen Volk nicht stützen.

Verhandlungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, so fuhr Kaiser fort, seien durchaus nicht als unmöglich anzusehen. Im Gegenteil: Sie wären sogar notwendig und wünschenswert. Nur brauchen wir dazu einen Verhandlungspartner, der durch die Bevölkerung der Zone legitimiert ist.“

## Dramatischer Flug nach Westen

**Abenteuer in einer ungarischen Tourenmaschine**

Ingolstadt (AP/DPA). Nach einem erbitterten Kampf, der zum Teil mit Schußwaffen ausgetragen wurde, haben sieben Ungarn die Besatzung und die Passagiere eines ungarischen Verkehrsflugzeuges überwältigt und den Piloten gezwungen, in die Bundesrepublik zu fliegen. Die zweimotorige Maschine, die mit 15 Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern besetzt war, landete auf dem NATO-Flugplatz Manching bei Ingolstadt. Neun der Passagiere mußten mit zum Teil schweren Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

## Amrehn antwortet Ebert

Berlin (Eigenmeldung). Der Amtierende Regierende Bürgermeister Amrehn hat in einer Rundfunksprache erklärt, daß sich „Herr Ebert mit Händen und Füßen gegen entsprechende Erleichterungen“ im Verkehr zwischen Ost- und Westberlin stemme.

Als Antwort auf die jüngsten Behauptungen Eberts sagte Amrehn, nicht der Senat, sondern Ebert führe den kalten Krieg fort. Noch immer könnten die Westberliner Kinder nicht in die Umgebung der Stadt fahren, könne man nicht die außerhalb liegenden Friedhöfe aufsuchen, die Kleingärten in den Stadtrandgebieten nicht bestellen und auch nicht nach Ostberlin telefonieren.

Bei der Maschine handelt es sich um ein Kursflugzeug, das auf der Strecke Budapest—Szombathely eingesetzt ist. Sieben der Passagiere hatten schon vor dem Start den Plan gefaßt, mit Gewalt einen Flug in die Bundesrepublik durchzusetzen. Kurz nach dem Start stellten sie fest, daß einer der übrigen acht Passagiere ein Detektiv ist. Da sie nicht wußten, wer es war, schlugen sie auf die anderen Passagiere wahllos ein. Als daraufhin der Detektiv eine Pistole zog und auf die Angreifer schoß, wurde er überwältigt.

Als das Handgemenge ausbrach, versuchte der Pilot durch plötzliche Sturzflüge und Abfangen der Maschine die Passagiere an ihrem Vorhaben zu hindern. Dabei wurden die Insassen durch das Flugzeug geschleudert und teilweise schwer verletzt. Kurze Zeit später wurde die Besatzung überwältigt. Ein Passagier, der im Kriege Flugzeugführer war, setzte sich auf den Sitz des Co-Piloten und dirigierte die Maschine.

Der erste Ungar, der blutüberströmt aus der Maschine kletterte, rief überglücklich einem Arbeiter zu: „Bonn, Adenauer, Deutschland!“ Deutsche Polizei war kurz nach der Landung zur Stelle und überwachte den Abtransport der Verletzten.

## Abfuhr für Woroschilow

**Trinksprüche mit leichten Spitzen**

Moskau (AP/DPA). Eine höfliche Zurechtweisung hat der Schah von Persien dem sowjetischen Staatspräsidenten Woroschilow bei einem Bankett im Kremel erteilt. Der Schah gab gleichzeitig zu verstehen, daß Persien dem Bagdad-Pakt treu bleiben werde.

Woroschilow hatte in einem Trinkspruch Persien glückliches Gedeihen gewünscht und die Hoffnung ausgesprochen, daß Persien „sich niemals wieder zur Bedrohung seiner südlichen Grenzen mißbrauchen lassen werde“. Aus diesem Grunde wende sich die Sowjetunion

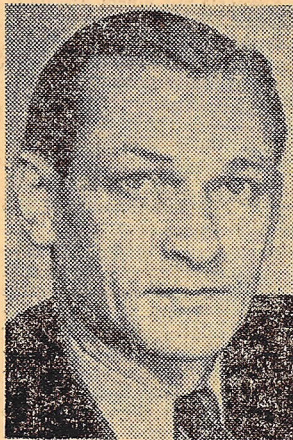
offen gegen „aggressive Gruppierungen, die den Weltfrieden im allgemeinen bedrohen und für die Länder des Nahen Ostens die Fortsetzung der Kolonialpolitik bedeuten“.

Der Schah erhob sein Wodkaglas und antwortete unter offensichtlicher Anspielung auf die Bedrohung Persiens durch die Sowjetunion 1948: „Wen die persische Regierung Schritte zu ihrer Verteidigung unternommen hat, so waren diese diktiert durch Staatsnotwendigkeiten auf Grund früher gemachter Erfahrungen und der allgemeinen politischen Lage.“

So sind sie wirklich:

## „Zu viel essen ist immer ungesund!“

### CURT WACH



Eine der seltsamsten Figuren des Pankower Kabinetts stellt sich uns in dem Minister für Handel und Versorgung vor. Dieser nach der Verhaftung des LDP-Ministers Dr. Hamann Ende 1952 in den Sattel gehobene Funktionär ist ein Musterbeispiel für die rätselhafte Personalpolitik eines Zentralkomitees, das nicht einmal für den Ministerposten menschliche und fachliche Qualifikationen verlangt.

Curt Wach stammt aus Sachsen. Sohn eines dörflichen Handwerkers, lernte er Schuhmacher. Vor Beendigung der Lehrzeit ging er auf die Wanderschaft. Sein Geburtsdatum ist aus der Parteiliteratur nicht genau zu entnehmen, jedoch gehört er nicht mehr der „revolutionären KP-Garde“ an. Ende der zwanziger Jahre hat er irgendwann einmal mit dem Kommunistischen Jugendverband zu tun gehabt, aber seine Biographie gibt keine klaren Auskünfte darüber. Als Verkäufer von Naturmedizinen und umstrittener Heilpraktiker zieht er von Dorf zu Dorf. Eine seiner Therapien beruht auf regelmäßigen Fastenübungen: „Zuviel essen ist immer ungesund!“ Erst die SED jedoch gab ihm die Möglichkeit, derartige Lehren unwidersprochen anzuwenden...

**KZ — aber mit grünem Winkel**

Nach 1933 spezialisierte sich Wach auf medizinische Eingriffe, die im Gegensatz zu Hitlers Bevölkerungspolitik geraten mußten. Als er mit dilettantischen Mitteln 1936 eine junge Frau zu Tode kuriert hatte, trug ihm seine medizinische Tätigkeit 15 Jahre Zuchthaus ein. Einen Teil dieser Strafe hat Wach im KZ Buchenwald, wenn auch mit dem grünen Winkel der Kriminellen, verbracht. Niemand von den in Buchenwald inhaftierten Kommunisten ahnte damals, daß dieser Lazarettbarackengehilfe einmal kommunistischer Minister werden würde.

Die Wirren des Zusammenbruchs brachten Wach auf den Posten des Bürgermeisters von Hainichen, wo er die Minder-

wertigkeitskomplexe des „Grünbewinkelten“ durch grausame Repressalien an den örtlichen „Klassengegnern“ abreagierte. Das Zonen-KZ Mühlburg verdankt ihm einen nicht unwesentlichen Teil seiner Insassen. Aber erst als sich Wach eine Unterschlagung bei der „Volksolidarität“ zuschulden kommen ließ, wurde er als KP-Bezirkssekretär nach Bautzen abgeschoben. Doch schon 1946 kam Wach wiederum als Kreisrat nach Dippoldiswalde. Von hier aus versorgte Wach die damals zum Teil noch in Dresden residierenden KP-Führer mit Lebensmitteln und hielt ihnen eine beschlagnahmte Villa als ständiges Erholungsheim bereit.

#### Der Aufstieg

Rücksichtslos boxte Wach alle nieder, die ihm im Wege standen. Zuerst die bürgerlichen Landräte, dann ihm mißliebige Parteifunktionäre. Aber erst der damalige Chef der Zentralen Kontrollkommission, Fritz Lange, gab ihm die für den Aufstieg erforderliche Macht. Als Vorsitzender der Landeskontrollkommission Brandenburg ist Wach für viele Dinge verantwortlich, über die man heute in SED-Kreisen ungern spricht. 1951 wurde er kurzfristig verhaftet, weil man ihm des Dieb-

stahls an beschlagnahmtem Eigentum im Werte von 140.000 Mark bezichtigte. Es war vielleicht das einzige Mal, daß man diesem Manne unrecht tat. Gewiß, die Sachen hatte er beiseite gebracht, aber nur für die damaligen Mitglieder der kommunistischen Landesregierung. Deren Einspruch setzte ihn dann auch wieder auf freien Fuß.

Als die Länder der Bezirksaufteilung weichen mußten, wurde Wach 1952 Vorsitzender des Rates der Bezirke Potsdam. Die Tatsache, daß er hier das völlig desorganisierte Versorgungsnetz durch die Entfernung einiger unfähiger Funktionäre leidlich zu flicken vermochte, prädestinierte ihn 1953 für den Posten des Versorgungsministers. Die Potsdamer Funktionäre aber hätte Wach auch entfernt, wenn sie Spezialisten ihres Faches gewesen wären: Sie standen ihm einfach im Wege...

#### Auf totem Gleise

Es gibt wenig Leute, die sich den Aufstieg Wachs zu erklären vermögen. Und die es können, munkeln von finsternen Geschäften und Transaktionen aus der ersten Nachkriegszeit, an denen Leute wie Ulbricht und Stämer nicht ganz unbeteiligt sind. Wie dem auch sei: Wach bringt kaum Voraussetzungen für den Posten eines Betriebsleiters, geschweige denn für den eines wichtigen Ministers mit. Die SED weiß das. Sie hat ihn seit einem Jahr auf ein totes Gleis geschoben. Seit Politbüromitglied Fred Oelsner Staatskommissar für Fragen der Versorgung wurde, hat Wach nichts Wesentliches mehr zu sagen. Man übertrug ihm Aufgaben zur Liquidierung des „privatkapitalistischen Sektors“ im Versorgungswesen. Dieser Aufgabe widmet er sich mit wechselndem Geschick. Optimisten geben ihm für sein Amt noch etwa ein Jahr. Pessimisten sagen, Wach wäre der geeignete Sündenbock, den die SED eines Tages benötigen könnte. Unbestritten bleibt, daß sich die SED mit seiner Nominierung ein eigenes Werturteil attestierte.

# Wenn der Milchmann verstaatlicht wird

## Kommissionsvertrag — ein Schritt zur kalten Enteignung

Vor etwa acht Tagen wurde in Ostberlin der erste Kommissionsvertrag des staatlichen Großhandels mit einem privaten Einzelhandelsunternehmen abgeschlossen. Damit hat eine namentlich von SED und NDPD betriebene Kampagne ihr vorläufiges Ziel erreicht: Den Beginn der Umwandlung des „privatkapitalistischen Handels“ in halbstaatliche Betriebe. Der Periode direkter Enteignungen ist die „kalte Liquidation“, die Überführung in den Staatshandel unter pro-forma-Beibehaltung der bisherigen Besitzverhältnisse, gefolgt. Unter diesem Aspekt haben die jetzigen ersten Kommissionsverträge grundsätzliche Bedeutung.

Seit Jahren krankt der private Einzelhandel an der Tatsache, daß ihm die staatlichen Großhandelskontore alle zum Verkauf lohnenden Waren entweder ganz vorenthalten oder nur unregelmäßig und unzureichend überlassen. Die Bevölkerung wurde auf solche Art gezwungen, sich mit ihren Lebensmittelkarten nicht mehr beim Milchmann um die Ecke, sondern im oft weit entfernten Konsumladen eintragen zu lassen. Das Privileg der HO auf den Verkauf bestimmter Waren bedeutete einen weiteren Rückgang der Umsätze im Einzelhandel. Das hat dazu geführt, daß heute sogar in Ostberlin das Durchschnitts-Nettoeinkommen der privaten Einzelhändler bei 300 Ostmark(!) liegt.

### Die HO-Agentur-Verträge

Unter diesen Umständen gingen viele Geschäftsleute Agenturverträge mit der HO ein. Sie konnten nun als HO-Zwischenhändler für sie sonst nicht erhältliche Ware verkaufen und sich damit einen gewissen Kundenkreis erhalten, verloren jedoch das absolute Verfügungsrecht über ihren Betrieb. Seit einem halben Jahr nun zieht die HO unter dem Vorwand eigener Warenverknappung Vertrag um Vertrag zurück. Inzwischen hat nämlich in der Zone die Idee des „Staatskapitalismus“ Raum gewonnen. Das heißt: Um die direkte Enteignung des Privathandels und die damit verbundenen verhängnisvollen Auswirkungen für die allgemeine Versorgung zu umgehen, zwingt der Staat den Privatunternehmer, entweder staatliches Kapital zu investieren oder mit dem Staat in ein direktes Arbeitsverhältnis zu treten. Eines der

Mittel dazu sind die Kommissionsverträge.

Im Rahmen dieser Verträge bekommt der Einzelhändler sein Warensortiment vom staatlichen Großhandel und wird am Umsatz beteiligt. Der Einzelhändler wird „Lohnempfänger auf Provisionsbasis“, sogar die Umsatzsteuer zahlt das Staatskontor. Dieses ersetzt ihm auch die fixen Kosten, wie Miete, Licht und Heizung. Den eigenen Warenbestand des Händlers wird das Kontor in der Regel bei Vertragsabschluß gleich mitübernehmen.

### Worin liegt der Unterschied?

Dem in einen „Kommissionsvertrag“ genommenen Einzelhändler fele es danach schwer, festzustellen, worin er sich nun von einem HO-Angestellten mit Umsatz - Prämien - Beteiligung unterscheidet. Seine Geschäftseinrichtung muß er, sofern er

kein genügendes Bankkapital besitzt (und welcher Einzelhändler im Osten hätte das?) dem Staatskontor überschreiben. Er selbst hat den einzigen Vorteil, nun nach dem Lohnsteuerartif besteuert zu werden.

Die SED weiß, warum diese Methode den Enteignungen der Jahre zuvor vorzuziehen ist. Der HO und dem staatlichen Großhandel fehlen die Erfahrungen des Einzelhändlers. Daß es ohne diesen nicht geht, hat sie zur Genüge erfahren. So stellt sie den Unentbehrlichen vor die Wahl: Entweder wirtschaftlich abgewürgt oder Angestellter des Staatshandels zu werden. Und die privaten Händler selbst? Sie zögern noch, sich auf Diskussionen über die neuen Verträge einzulassen. Lieber mit geringem Warenangebot im eigenen Geschäft, so denken sie, als mit reichhaltigerem Sortiment HO-Verkäufer zu werden. An der Hartnäckigkeit der staatlichen Handelsorgane wird es liegen, wie lange sie diesen Standpunkt zu verteidigen vermögen. Der SED aber blieb es überlassen, mit dem ihr eigenen Zynismus die neuen Kommissionsverträge als „großartige Entwicklungschance des Privathandels im neuen Fünfjahrplan“ zu bezeichnen.

## Weiter schwere Kämpfe in Tibet

### Roschina setzt Panzer im Gebiet der Hauptstadt ein

K a l i m p o n g (Indien) (AP). Streitkräfte Rotchinas haben nach Berichten, die dieser Tage in der indischen Grenzstadt Kalimpong einliefen, über hundert schwere Panzer zur Verteidigung des Gebietes von Lhasa gegen die antikommunistische Widerstandsbewegung „Mimang“ eingesetzt.

Nach den Berichten, die hauptsächlich von Kaufleuten und Pilgern aus Tibet stammen, haben die Truppen der „Mimang“ alle Verkehrsverbindungen zwischen Lhasa und dem östlichen Tibet abgeschnitten. Nur eine Straße soll noch für den Nachschub der chinesischen Streitkräfte offen sein. Bei ihrem Kampf gegen die chinesischen

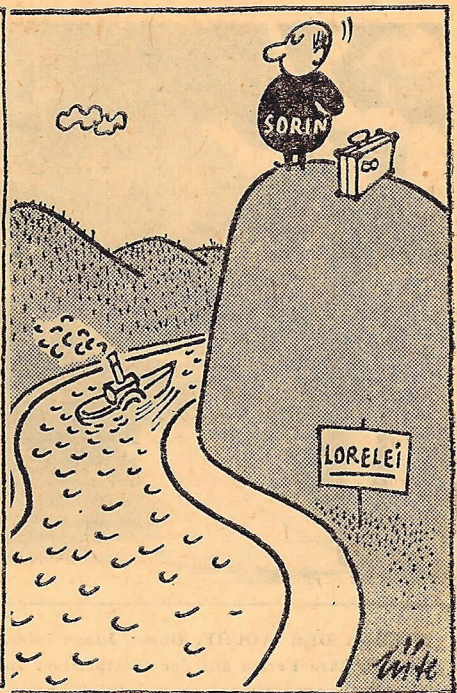
Besatzungstreitkräfte werden die Aufständischen von der Bevölkerung unterstützt.

### Priester in Posen verurteilt

Wien (AP). Sieben katholische Priester sind nach einer Meldung des Wiener katholischen Pressedienstes „Kathpress“ wegen angeblicher Teilnahme an den Posener Unruhen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Wie der Pressedienst berichtet, haben bald nach den Unruhen die Priester in Posen fliegende Küchen eingerichtet, an denen die Hungerigen gespeist wurden, während der Bischof von Posen Gebete für die Verwundeten in den Kirchen angeordnet habe.



„Wir sind der lebende Beweis dafür, uns hat es immer schon geholfen!“



„Man weiß nicht, was soll es bedeuten...“

## Nehru in Bonn

(Fortsetzung von Seite 2)

geschehen und werden sich auch in diesen Tagen nicht einigen, wenngleich sie sich näherkommen sollten. Von Südasien aus mag man die an ihren verschiedenen Fronten so unterschiedlich taktierende Sowjetunion anders beurteilen als von Mitteleuropa. Die Gesprächspartner haben gegenseitig die Standpunkte respektiert sicherlich ohne den aussichtslosen Versuch einer vollen politischen Übereinstimmung erst zu unternehmen.

Wirtschaftliche Fragen standen im Mittelpunkt der Gespräche, zumal die politischen Auffassungen ohnehin allgemein bekannt sind. Auch der Besuch des Vizekanzlers Blücher in Indien, der jetzt von Nehru erwidert wird, stand im

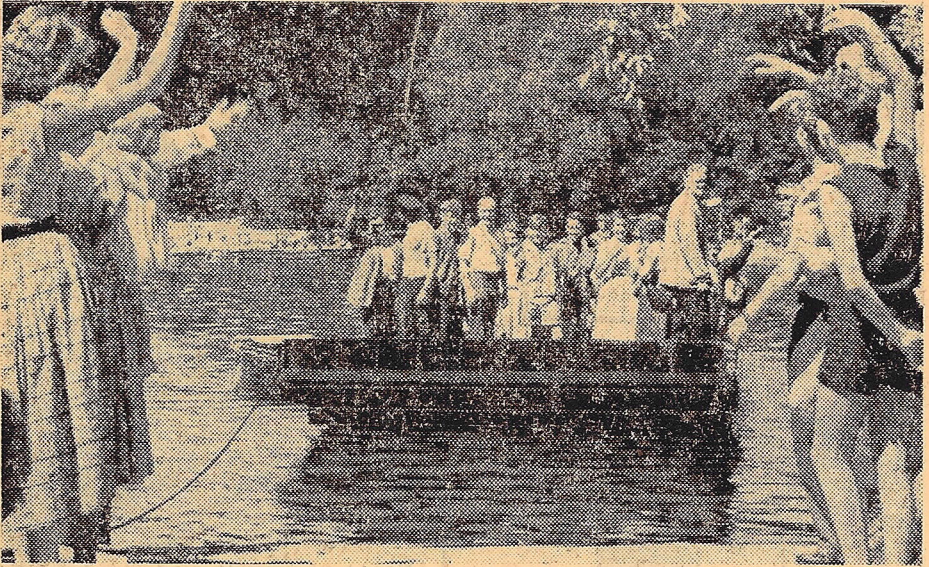
Zeichen des wirtschaftlichen Gedankenaustauschs. Indien sieht die vorteilhaften Möglichkeiten, die sich ihm beim Aufbau seiner Industrie bieten, wenn westdeutsche Firmen noch wesentlicheren Anteil daran haben. Indien sieht diese Möglichkeit nicht in der Industrie der DDR! Wirtschaftliche Unterstützung und überhaupt wirtschaftliche Kontakte sind heute aber bei den neutralen Ländern Asiens eine Lebensfrage. Nicht ohne Grund versucht die Sowjetunion dort ihre Wirtschaftsoffensive. Doch die gerade damit verbundene Gefahr besteht für die Neutralen durch eine Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik nicht. Auf dieser Basis also lassen sich sehr weitgehende freundschaftliche Beziehungen mit Indien entwickeln. Und für das um sein nationales Problem noch immer ringende Deutschland sind Freunde von großem

Wert, deren Stimme aufmerksam angehört wird, in West wie in Ost.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Junge internationale Gäste aus vielen Ländern Europas verbringen ihre Ferien auf der Westberliner Insel Scharfenberg im Tegeler See. Hier setzt eine Gruppe junger Franzosen zur Insel über. — Unten: Westberliner Kinder wurden auch in diesem Jahr im Rahmen der alliierten Verschickungsaktion „Kinderluftbrücke“ nach Westdeutschland geflogen. Unser Bild zeigt die Ankunft auf dem Rhein-Main-Flugplatz in Frankfurt am Main.

